

3. Anti-Littering – Lösungen ausserhalb des Siedlungsgebietes

Motion Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Sandra Bossert (SVP, Wädenswil) vom 4. Oktober 2021
KR-Nr. 349/2021, RRB-Nr. 1487/8. Dezember 2021 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Motion nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 8. Dezember 2021 bekanntgegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil): Bestimmt ist es Ihnen auch schon passiert, dass Sie eine wunderschöne Landschaft mit Fastfood-Verpackungen oder Frosch-Gequacke mit Getränkedosen im Wasser teilen mussten. Oder dass Sie sich vor lauter modernem Chillout-Unrat gefragt haben, wie hier beim Chillen und somit in der Ruhe eine Kraft liegen soll, wenn selbst die Kraft zum Gang zum nächsten Abfallkübel gefehlt hat. Soweit die philosophische Betrachtung unserer einst wertebasierten und mittlerweile nahezu wertefrei funktionierenden Gesellschaft.

Zum Rechtlichen: Grundsätzlich sind die Gemeinden und Städte für die Abfallbeseitigung auf ihrem Gebiet zuständig. Mit dem Etablieren von Fastfood und dem veränderten Konsumationsverhalten – alles ist heute instant verfügbar und to-go konsumierbar – hat sich gezeigt, dass auch die ländlichen Gebiete vermehrt durch Littering beeinträchtigt werden. Dabei entsteht Littering nicht nur durch die ortsansässige Bevölkerung, sondern auch durch Erholungssuchende oder durch Transitverkehr. Darüber hinaus ist festzustellen, dass entlang von Hauptverkehrsachsen respektive Staatsstrassen, Rad- und Freizeitrouten besonders viel Abfall anfällt. Hier steht der Kanton als Eigentümer der Strassen und als Hauptverantwortlicher der Raumplanung in einer besonderen Verantwortung. Das Potenzial von Abfall an diesen neuralgischen Orten steht denn auch mit den Entscheidungen des Kantons in kausalem Zusammenhang, was eine Kostenbeteiligung des Kantons sehr wohl rechtfertigt.

Mit unserer Motion möchten wir erreichen, dass die Gemeinden in Abstimmung mit dem Kanton Korridore ausserhalb des Siedlungsgebietes definieren, welche entlang von kantonalen Infrastrukturen verlaufen oder von Bund und Kanton ausgeschiedene Zonen wie Naturschutzgebiete oder kantonale Gewässer. Diese Korridore sind durch die Gemeinden selbst mit Hilfe der lokalen Landwirtschaft, lokalen Anbietern oder Privatpersonen regelmässig zu säubern. Die Gemeinden sollen frei entscheiden können, wie und an wen sie diese Arbeiten übertragen.

Die Leistungserbringer sind für den Aufwand durch Mittel aus dem Natur- und Heimatschutzfonds zu entschädigen. Dieser Fonds ist prädestiniert dafür, sagt doch bereits der Name aus, was damit erreicht werden soll, nämlich Naturschutz und Heimatschutz. Die Natur wird somit also dort geschützt, wo der Ursprung weiteren Übels entsteht. Man verhindert damit, dass dereinst Mikroplastik und

weitere Stoffe im Trinkwasser, in Seen, im Meer und somit im Kreislauf landen. Danke, wenn Sie diese mittlerweile hinlänglich bekannte Weitsicht mit uns teilen.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Littering ist ein von allen Seiten unbestrittenes Ärgernis. Aber ist das Ärgernis auch lösbar mit der vorliegenden Motion? Ansatzweise lösbar, vielleicht, aber zu welchem Preis? Aber beginnen wir nicht am Schluss des Motions-Textes, sondern am Beginn.

Unbestritten ist, dass auch draussen auf dem Lande das Problem Littering grösser wird. Dabei entsteht – so ist in der Motion zu Recht zu lesen – Littering nicht nur durch die ortsansässige Bevölkerung, sondern auch durch Erholungsuchende aus der jeweiligen Region, aus den Städten oder durch den Transitverkehr. Davon abgeleitet wird nun, dass der Kanton als Eigentümer der Strassen und Hauptverantwortlicher der Raumplanung in einer besonderen Verantwortung stehe. Das würde somit auch bedeuten, liebe SVP, dass der Kanton ebenso verantwortlich ist für das übermässige Littering in den Städten und der Agglomeration, ist doch hier der Kanton massgebend verantwortlich für die in der Raumplanung geforderten Verdichtung. Warum gibt es hier keine entsprechenden Forderungen, liebe SVP? Weil es in den Städten keine Landwirte gibt, denen man im Vorbeigang mit dieser Motion noch eine zusätzliche Aufgabe, sprich staatliche Unterstützung zuschanzen kann? Aus dem Natur- und Heimatschutzfonds, einem Fonds, der notabene nicht, oder sagen wir zugunsten der SVP, kaum für solche Massnahmen vorgesehen ist.

Wir halten es in diesem Fall vielmehr mit dem Regierungsrat; er schreibt: «Um das ärgerliche Littering und seine volkswirtschaftlichen Kosten wirkungsvoll zu bekämpfen, sind vielmehr Massnahmen an der Quelle konsequent weiterzuführen.» Dafür setzen wir uns ein und nicht für ein verstecktes Bewirtschaften des eigenen Klientels und des offensichtlichen Aufblähens des Staatswesens an falscher Stelle. Wir werden die Motion ablehnen.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Littering ist ärgerlich und muss möglichst verhindert oder rasch möglichst beseitigt werden. Es ist bekannt, dass überall, wo bereits Abfall liegt, leichtfertig noch weiterer hinzugeworfen wird. Mit dem ersten Teil dieser Motion, mit der Lösung im ersten Teil der Motion, sind wir einverstanden. Gemeinden in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft und weiteren sollen diese Abfälle beseitigen. Diese Aktionen aus dem Natur- und Heimatschutzfonds finanzieren zu lassen, wäre eine Zweckentfremdung dieses Fonds. Die Gelder aus diesem Fonds werden für den Natur- und Heimatschutz dringend benötigt. Littering soll möglichst verhindert werden mit Informationen, Massnahmen und auch mit Bussen. Allerdings ist bekannt, dass die Bussen allein wenig wirksam sind. Entscheidend für eine Abschreckung ist nicht die Höhe der Bussen, sondern die Höhe der Wahrscheinlichkeit, erwischt zu werden. Das Littering auf Feldern und Wiesen ist für Bauern ein grosses Problem; das ist uns bewusst. Aus diesem Grund wird der Bauer in unserer Fraktion (*gemeint ist Konrad Langhart*) dieser Motion und auch dem Postulat unter Traktandum 11 zustimmen. Der Rest der Mitte-Fraktion unterstützt diese Motion nicht.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Die Kosten für die Gemeinden belaufen sich schweizweit mittlerweile auf 200 Millionen Franken. 75 Prozent fallen auf den öffentlichen Raum und 25 Prozent betrifft den öffentlichen Verkehr. Das ist tatsächlich sehr viel Geld. Um dem Übel entgegenzuwirken, werden seit über 20 Jahren vom Bund und den Kantonen Anti-Littering-Kampagnen finanziert und durchgeführt. TV-Werbung, Plakate, Unterricht an den Schulen und jährlich wiederkehrend werden sogenannte Clean-up-Days von den Gemeinden und Schulen durchgeführt. Zweck dieser Übung ist: Sie sollen die Bevölkerung auf das Littering-Problem auch auf dem Land sensibilisieren. Viele Massnahmen haben auch tatsächlich Wirkung gezeigt. So wurden zum Beispiel in vielbesuchten Parkanlagen mehr und bessere Abfallsysteme aufgestellt. Aber wie erzieht man Erwachsene, die aus dem fahrenden Auto ihren Take-away-Abfall entsorgen? Es gibt wohl für dieses schlechte Benehmen kein patentes Rezept. Wir können auch nicht entlang der Kantonstrassen überall Abfalleimer hinstellen.

Wir Grünen sind aber der Meinung, dass der Natur- und Heimatschutzfonds das falsche Kässeli ist. Die Bedenken der Regierung teilen wir vollumfänglich. Wir sind der Meinung, dass die Kampagnen gegen Littering konsequent weitergeführt werden müssen und an Orten, wo besonders viel Littering entsteht, auch konsequent gebüsst werden müsste. Das könnte man ja tun, aber das scheint irgendwie schwierig zu sein. Wir lehnen diese Motion auf jeden Fall ab. Danke.

Christian Schucan (FDP, Uetikon am See): Wir sind uns alle einig: Littering ist ein Verhalten, das nicht akzeptabel ist. Aus Faulheit, den eigenen Abfall nicht richtig zu entsorgen oder aus fehlendem Bewusstsein, was Littering in der Natur und in der Landwirtschaft für Schaden anrichten kann, wird Abfall sorglos weggeworfen. Wir sind weit davon entfernt, Zustände wie in Singapur zu erreichen, wo aufgrund drastischer Bussen niemand auf die Idee käme, auch nur einen Kaugummi achtlos wegzuwerfen. Nun stellt sich also die Frage, ob diese Motion etwas zur problemlosen Lösung beiträgt.

Die Motion setzt aber nur bei der Littering-Beseitigung an. Am Littering selbst ändert sich dadurch nichts. Die Littering-Beseitigung ist heute in der Zuständigkeit der Gemeinden, was wir als sachgerecht betrachten. Dies wird durch die Unterhaltsdienste der Gemeinden entsprechend pflichtbewusst wahrgenommen. Auch die Idee, dass die Landwirtschaft und verschiedenen Player in den Gemeinden bei der Abfallbeseitigung mitwirken, wird heute bereits zum Beispiel mit dem nationalen Clean-up-Day oder Fötzeli-Tag erfolgreich umgesetzt.

Als verantwortlicher Gemeinderat in unserer Gemeinde haben wir beispielsweise auf dem ganzen Gemeindegebiet die Hotspots identifiziert und dann zusammen mit der Bevölkerung den Abfall gesammelt und beseitigt. Ein Finanzierungsproblem hat sich uns nicht gestellt. Die paar Bratwürste nach getaner Arbeit haben wir für die Teilnehmer gerne auf dem Grill bereitgestellt. Was von der Motion noch verbleibt, ist eine Finanzierung der Aufwände über den Natur- und Heimatschutzfonds. Wie bereits erwähnt, haben wir heute kein wirkliches Finanzierungsproblem. Eine Verlagerung von Kosten der Gemeinden zum Kanton trägt nichts zur

Verbesserung der Situation bei. Die eigentlichen Verursacher haben dabei nichts zu befürchten, werden also ihr Verhalten auch nicht ändern. Die Entnahme der Mittel aus dem Natur- und Heimatschutzfonds würde zudem dessen Zweck aushöhlen, der im Kern Investitionen in den Naturschutz und Naturschutzprojekte umfasst und nicht für reine wiederkehrende Unterhaltsarbeiten gedacht ist. Zusammenfassend halten wir fest, dass die Motion nichts zur Problemlösung beiträgt, weshalb die FDP die Überweisung an den Regierungsrat ablehnt.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Wir gehen mit den Initiantinnen einig: Littering ist ärgerlich und unnötig; Littering verursacht Kosten und richtet Schaden an. Im Titel der Motion wird eine Lösung suggeriert, was aber geboten wird, würde jedoch zu noch mehr Problemen führen. Sinnvoll wäre eine Lösung zur Bekämpfung von Littering an der Quelle. Die Problematik von Littering ausserhalb der Siedlungsgebiete ist wahrlich dringlich. Diese Motion schlägt jedoch die Finanzierung von Aufräumarbeiten vor, nicht aus irgendeinem Fonds, sondern aus dem Natur- und Heimatschutzfonds. Das Geld aus diesem Fonds geht jedoch an Projekte zur Förderung der Biodiversität und ganz sicher nicht an Aufräumarbeiten. Was wir brauchen, sind Kommunikations- und Sensibilisierungsmassnahmen; wir brauchen einfache und/oder innovative Lösungen, um die Entstehung von Littering zu verhindern. Nicht brauchen können wir ein neues Finanzierungssystem, das den Naturschutz aushöhlt und auch noch den Administrationsapparat aufbläht.

Die Grünliberalen sind froh, wenn dieses Thema medial aufgenommen wird und wenn es dadurch, dass wir heute darüber reden, als Sensibilisierungsmassnahme wirken könnte. Die Motion werden wir aber nicht überweisen.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Ich spreche gleich zu den Traktanden 9 und 11, denn bei beiden Geschäften geht es um Littering.

Littering ist ärgerlich, haben wir eben gehört. Das ist noch eine anständige Formulierung. Man kann es aber auch deutsch und deutlich sagen: Littering ist eine Riesensauerei! Littering schadet der Natur, Littering schadet den Tieren und mit Littering werden die betroffenen Grundeigentümer geschädigt, ganz egal, ob es sich dabei um Private oder um die öffentliche Hand handelt. Denn Littering verursacht im besten Fall hohe Reinigungskosten, im schlimmsten Fall verenden Tiere elendiglich.

In seiner Antwort oder Stellungnahme schreibt der Regierungsrat, dass er zwar Verständnis für das Anliegen hat und dass er Littering auch nicht gut findet, aber das war es denn auch schon. Lieber Herr Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*), das ist für uns einfach zu wenig, da erwarten wir mehr.

Sie alle kennen die EVP als eine Partei, die stets sachlich und ausgewogen politisiert. Es gibt wohl kaum eine Fraktion, die so oft auf der Linie des Regierungsrates liegt, wie die EVP. Doch für einmal ist unsere Geduld am Ende. Ich gebe es zu, wir sind wütend und fühlen uns auch hilflos angesichts all der Schweinereien, die wir nach jedem Wochenende auf Parkplätzen und Wiesen antreffen. So geht es nicht weiter. Weil unsere Geduld am Ende ist, werden wir diese beiden Vorstösse

unterstützen. Bei einer ganz kleinen Minderheit in unserer Fraktion ist die Vernunft noch ein wenig grösser als der Ärger. Deshalb wird sie die beiden Vorstösse im Moment nicht unterstützen.

Judith Stofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste wird die Motion aus mehreren Gründen nicht überweisen. Erstens, weil es eine Zweckentfremdung des Natur- und Heimatschutzfonds ist. Uns ist die Renaturierung der Gewässer wichtiger, als die momentane Bekämpfung des Litterings, das muss ich sagen. Und zweitens gibt es eine ganz einfache Möglichkeit, das Littering wirklich einzudämmen, indem man nämlich es an der Quelle bekämpft, das heisst bei den Detailhändlern, Take-aways und bei all jenen, die ihre Esswaren verkaufen und viel Verpackung dafür brauchen. Die sollten eigentlich dieses Zeugs nicht mehr verpackt verkaufen dürfen. Dann wäre nämlich eine ganz grosse Menge an Littering schon weg. Ich putze jeden Samstag einen kleinen Garten. Dann sehe ich, was da an Verpackungsmaterial an den Wochenenden liegenbleibt. Da sind Pizza-Boxen, da sind Döner-Boxen, all das Take-away-Zeugs, das man kauft. Es ist ein gesellschaftliches Problem. Also, packen wir es anders an als mit Verboten und mit Bussen. Die Alternative Liste unterstützt die Motion nicht. Besten Dank.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Richtig, Frau Stofer, das ist ein gesellschaftspolitisches und ein gesellschaftskulturelles Problem. So lösen, wie der Präsident des Polizistenverbandes (*gemeint ist Markus Schaaf*) es möchte, kann man es nicht, ganz sicher nicht, nämlich aus einem weiteren Kässeli hier den Staat wieder einmal aufräumen lassen.

Was nützt? Was nützt, ist, was die Kollegin Fehr Düsel (*Nina Fehr Düsel*) in einem Vorstoss 277/2018 indirekt gefordert hatte. Aber da stand noch nicht oder erst seit kurzem ein Bauer ihrer Fraktion vor (*gemeint ist Martin Hübscher*). Jetzt steht er vor, und jetzt kommen die Vorstösse Zurfluh, die Bauernkasse auch hier noch etwas aufzubessern. So sieht es doch aus. Nein, das muss man anders lösen. Und das muss man halt lösen, indem sagt, wer nicht hören will, fühlen muss. Wer nicht hören will, muss fühlen, Herr Schaaf! Und dann braucht es halt Konsequenzen. Und Konsequenzen können nur Bussen sein und müssen Bussen sein. Die Mehrheit hier drin will eine Zehn-Millionen-Schweiz. Das gibt auch mehr Abfall; das ist logisch, egal ob man jetzt den Abfall etwas anderes verpackt oder nicht. Und es braucht mehr Ordnung. Ich wünschte mir, es wären nur 10 Prozent Japan, die wir hier hervorbringen könnten in diesem Rat. Aber sicher nicht einen Vorstoss Zurfluh, der den Leuten noch mehr ihren Hintern putzt und wieder staatliche Gelder für eine Schweinerei – da hat Herr Schaaf recht – ausgibt. Nein. Seid doch einmal konsequent und sagt doch einfach, wer nicht hören will, muss fühlen. Es kann ja nicht sein, dass überall Parkbussen verteilt werden und Geschwindigkeitsbussen, aber bei diesen Schweinereien passiert nichts, weil nämlich die grosse Mehrheit hier drin kein Culot – auf gut Französisch – hat, weil die grosse Mehrheit hier drin nicht den Mut hat zu sagen, es reicht. Richtig Herr Schaaf, es reicht. Ich bin bald am Ende meiner Amtszeit hier. Aber kommt jetzt doch mal und macht doch mal einen Vorstoss in dieser Sache. Es ist nämlich ein Dauerthema, das ganz

klar und deutlich sagt: In diesem Kanton geht es nicht so weiter, dass man den Abfall einfach aus dem Fenster wirft. Seien Sie mal konsequent. Ich erwarte von der Regierung, Herr Neukom, dass hier ein Vorstoss kommt, vor allem von ihrem lieben Sicherheitsdirektor (*Regierungsrat Mario Fehr*), der ja mit allen sehr lieb und gut vernetzt ist und der sich auch mit dem Kollegen Schaaf sehr gut versteht. Bringt hier einen Vorstoss, dass endlich Remedur geschaffen wird.

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau): Meine Interessensbindung: Wir betreiben einen Landwirtschaftsbetrieb. Ich möchte etwas richtigstellen: Bei diesem Postulat geht es nicht darum, den Landwirten noch mehr Geld in die Kasse zu schütten. Es geht darum, Tiere zu schützen. Wer einmal ein Rind erlebt hat, das im Heu die Reste einer verschnetzten Alubüchse gefressen hat und elendiglich daran verreckt – anders kann man das nicht nennen –, dem geht es um die Tiere, um das Tierwohl und in keiner Weise darum, den Landwirten die Taschen zu füllen. Ich finde das ein wenig despektierlich. Das sagen Leute, die keine Ahnung von den Arbeiten eines Landwirtes haben. Der hat nämlich anderes zu tun, als Abfall aus dem Gras zu lesen. Wir machen das natürlich, denn wir wollen unsere Tiere möglichst schützen. Aber, manchmal übersieht man etwas, und das kostet einem oder mehreren Tieren das Leben. Es ist einfach so. Deswegen ist dieser Vorstoss entstanden. Deshalb unterstützen ihn die Landwirte. Ob es nun die richtige Kasse ist oder nicht, darüber kann man diskutieren. Aber, dass das ein Problem ist, dass es dabei vor allem um die Tiere geht und nicht um die Landwirte, das möchte ich hier hervorheben. Danke.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Littering, also ich bin schon etwas enttäuscht von Seiten der SP: fehlende Argumentation. Markus Bärtschiger versuchte, darauf hinzuweisen, was in der Motion steht. Lieber Markus, lesen können eigentlich alle. Ich bin mit dir einig, nicht alle verstehen, was drinsteht. Das hast du ja gezeigt. Ich nehme an, du hast es in der Fraktion ebenfalls vorgelesen. Ihr habt nur Angst, dass der Fonds beziehungsweise das Kässeli, wie gesagt wurde, geleert wird, damit ihr eure eigene Klientel nicht mehr damit bedienen könnt. Und an Hans-Peter Amrein: Es ist kein neues Kässeli, es ist einfach ein anderes, das schon besteht.

Wer hat in der Stadt Zürich übrigens die landwirtschaftlichen Betriebe grösstenteils vertrieben und alles dafür getan? Wer? Wer? Es ist sicher nicht die bürgerliche Mehrheit gewesen, definitiv nicht. Massnahmen an der Quelle bekämpfen, Ihr habt gesagt, Massnahmen an der Quelle bekämpfen. Die Einzige, die etwas dazu gesagt hat, ist Judith Stofer. Nun ist wieder die Wirtschaft daran schuld. Nein, es geht um diejenigen Menschen, die Littering machen. Die anderen haben das Verpackungsmaterial. Ja, aber die werfen das nicht einfach fort. Es sind die Menschen, die das machen. Es hätte eigentlich genügend Abfallkübel in der Stadt Zürich, man muss es ja nicht fortwerfen. Littering verursacht übrigens nicht nur Kosten, sondern auch Umweltverschmutzung. Davon habe ich nichts gehört von der linken Seite oder der Allianz. Und an Judith Stofer: Die Abfälle machen auch

Umweltverschmutzung und Littering im Gewässer. Also, man kann ja mal hingehen und mal schauen, was alles aus dem Zürichsee gefördert wird oder aus der Limmat. Das ist das Tragische. Gebt doch dieser Motion eine Chance.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich möchte Bezug nehmen auf das Votum von Herrn Bärtschiger. Für mich kam das fast ein bisschen despektierlich daher, was Sie gesagt haben. Da möchte ich auch gleich meine Interessenbindung bekanntgeben: Ich bin Landwirt, und wir bewirtschaften ebenfalls Flächen entlang der Kantonsstrassen. Ich kann Ihnen genau sagen, an welchen Kantonsstrassen mehr und an welchen weniger Abfall anfällt. Ich bin mit Ihnen allen einig. Es freut mich auch, dass wir uns einig sind, dass Littering am Ursprung bekämpft werden muss. Das Postulat gibt auch nicht vor, das nicht so zu machen. Vielleicht können wir uns auch noch verbessern. Wir vom Bauernverband unterstützen auch den Clean-up-Day. Ich weiss nicht, ob bekannt ist, dass wir mit Schulklassen genau das fördern, um sie zu sensibilisieren. Doch damit ist das Problem nicht gelöst. Ich bin schon froh, dass einige erkannt haben, dass Littering der Natur schadet. Da haben wir jetzt die Verbindung. Ich sage Ihnen, Littering schadet der Natur. Wir können unsere Maschinen schützen, obschon für die Maschinen die grossen, schweren metallischen Gegenstände ein Problem sind. Aber dafür haben wir Metalldetektoren. Das kriegen wir raus. Was wir aber nicht rauskriegen – davon hat Frau Pflugshaupt gesprochen –, das sind die Aludosen und der gesamte Plastikmüll. Wir können ihn liegenlassen. Wollen Sie das? Wir haben heute schon so viel Plastikrückstände, wir haben heute schon so viele Aludosen. Wenn wir kein Futter machen müssten, könnten wir auch das Alu liegenlassen. Aber nein, wir schätzen die Natur, wir arbeiten mit der Natur. Wir sammeln das stets zusammen. Ich kann Ihnen sagen, es ist auf einer Strecke von 300 Metern alle vier, fünf Wochen mindestens ein 110-Liter-Sack voll, den wir da zusammensammeln. Das wäre nicht meine Aufgabe oder auch nicht die Aufgabe der anderen Landwirte, die dasselbe machen. Das ist ein gesellschaftliches Problem. Dafür wollen wir eine Lösung. Ich bin davon überzeugt, dass es Landwirte gibt, die das irgendwann nicht mehr von sich aus machen werden, sondern verlangen, dass die Gesellschaft, die den Abfall verursacht, ihn auch wieder wegräumt. Das will die Motion, eine Antwort auf dieses Problem. Wenn Sie diese Motion unterstützen, geben Sie dem Regierungsrat die Möglichkeit, für eine Alternative zu sorgen. Danke, wenn Sie das tun.

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil) spricht zum zweiten Mal: Wir haben nicht behauptet, diese Motion sei das Ei des Kolumbus, aber sie ist ein wichtiges Puzzleteil. Selbstverständlich können wir den Fächer auch noch öffnen und weitere Städte einbinden. Aber Sie haben vielleicht nicht zugehört. Es geht nicht darum, die Landwirtschaft hier irgendwie auf den Sockel zu heben, diese Arbeiten können genauso gut private Firmen oder Personen verrichten; es sollen alle eingebunden werden. Es geht um den Naturschutz und es geht darum, dass das Problem an der Wurzel angepackt wird, nämlich dort, wo es entsteht. Wir haben es gehört, ein Clean-up-Day ist nur ein Tag im Jahr. Was aber ist mit den anderen

364 Tagen? Eben nichts. Wir haben es gehört, es ärgert alle hier drin von links bis rechts. Auch die gesamte Bevölkerung ärgert sich. Gehen Sie mal auf die Strasse, sprechen Sie die Leute an. Sie ärgern sich darüber. Nur sind Sie leider nicht bereit, einen Pflock einzuschlagen oder ein Zeichen zu setzen. Ich finde es sehr schade. Bussen zu verteilen, ist heute absolut opportun, Parkbussen in der Stadt Zürich am Laufmeter, Geschwindigkeitsbussen. Wir haben es gehört: Bei diesem Problem mit Bussen zu drohen, da ist der Staat machtlos. Er legt sich lieber auf den Rücken und streckt alle Viere von sich und sagt, sorry, da können wir leider nichts machen. Ja, es ist schön, die Gewässer zu renaturieren. Nur, wenn sie dann voll von Schadstoffen sind, bin mir nicht mehr sicher, ob Sie dann noch glücklich sind mit dem Zustand Ihrer Gewässer. Danke.

Stefan Schmid (SVP, Niederwangen): Es geht bei dieser Motion darum, dass man die Perimeter ausserhalb des Siedlungsgebiets bezüglich Entfernung von Littering-Räumung, von Littering systematisch zuweist und systematisch angeht. Ich kann Ihnen ein Beispiel aus unserer Gemeinde Niederglatt nennen: Wir sind Anrainer des Neeracherried; wir haben einen Gewässerraum mit der Glatt; wir haben eine Kantonsstrasse. Dabei ist festzustellen, je weiter man sich vom Siedlungsrand entfernt, desto weniger fühlt sich irgendjemand für den Abfall zuständig. (*Zwischenrufe*) Autofahrer höre ich von der anderen Seite rufen. Ja, das kannst du (*gemeint ist Gabi Petri*) schon sagen, aber das Ziel ist doch, dass dieser Abfall entfernt wird. Ist es Sache des Kantons, wenn es sich um Autofahrer handelt oder ist es Sache der Gemeinde, wenn es 30 Zentimeter neben der Strasse liegt? Ist es Sache der Baudirektion, wenn dann das Ganze ins Neeracherried geweht wird? Ist es ebenfalls Sache der Baudirektion, wenn es ans Glattufer geweht wird? Das ist das Problem. Es bleibt ausserhalb des Siedlungsraums entlang der Hauptverkehrsachsen Abfall liegen. Wir sollten uns Gedanken machen und eine Motion an die Regierung überweisen, wie wir dieses Problem angehen können. Wenn Sie das negieren wollen, dass das inexistent ist, wenn Sie glauben, dass Sie einen Kilometer ausserhalb eines Siedlungsgebietes einen Abfallverursacher siebenmal 24 Stunden in Flagranti erwischen können, dann machen Sie bitten einen besseren Vorschlag. Ich glaube, er wird nicht greifen. Insofern möchte ich Sie wirklich dazu animieren, diese Motion zu unterstützen. Wie gesagt, sie geht anschliessend an die Baudirektion. Die wird sich dann sicherlich Gedanken machen, wie Kanton und Gemeinden dieses Problem lösen können. Besten Dank.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren) spricht zum zweiten Mal: Ich glaube, ich habe mit meinem Votum mehrere wunde Punkte getroffen. Ich wurde auch direkt darauf angesprochen. Auch die Liste der Redner zeigt, dass es diverse wunde Punkt gibt.

Im ersten Satz habe ich gesagt, dass Littering ein Ärgernis ist. Es ist eine Umweltverschmutzung und es ist schlecht für das Tierwohl. Da gebe ich Martin Hübscher sowie Elisabeth Pflugshaupt sehr wohl recht. Doch es geht hier nicht um eine Ursachenbekämpfung, sondern um eine nachgelagerte Symptombekämpfung. Wir sollten aber primär die Ursachen bekämpfen.

Rochus Burtscher wirft mir vor, nicht lesen zu können. Ich bin in die gleiche Schule gegangen wie er, teilweise mehrere Jahre in die Parallelklasse (*Heiterkeit*), wir sozusagen im gleichen Stall krank. Ich kann sehr wohl lesen und ich habe sehr genau gelesen. Das ist auch ein bisschen das Ärgernis, das mich beim Lesen überfallen hat. Es kommt mir so vor, als sei das Ganze wieder eine Problem-Bewirtschaftung des Stadt-Land-Grabens. Zum Zeitpunkt, als diese Motion geschrieben wurde, war das genau ein Thema – bei der SVP, weniger bei den anderen politischen Parteien –, eine Problem-Bewirtschaftung, die nicht nötig ist, weil das Littering-Problem sowohl in den Städten wie auch auf dem Land sehr stark ist, und wir eigentlich gemeinsam eine Lösung suchen sollten.

Tierwohl, das lese ich nirgends in Ihrer Motion. Sie sagen das jetzt. Aber da steht, ich zitiere: «Dabei soll die Lösung darauf abzielen, dass betroffene Gemeinden in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft» – das ist das erste, das dort steht – «oder anderen lokalen Playern zum Beispiel Vereine und so weiter.» Das Zweite, das dort steht, wird im Mündlichen jetzt nochmals hervorgehoben und überhöht. Aber das Erste, das da steht, ist, «mit der Landwirtschaft». Ich bin nicht dagegen, dass die Landwirtschaft – das Tierwohl ist für die Landwirtschaft etwas ganz Wichtiges –, hier einen Part spielt. Aber es kann nicht sein – und das tönt jetzt vielleicht ein wenig wie ein Landwirtschafts-Bashing, aber das ist mir fern, ich habe auch in der Landwirtschaft gearbeitet. Es ist mir fern, ein Landwirtschafts-Bashing zu machen, aber es ist nicht so, dass die Landwirtschaft der einzige Lösungsansatz ist. Wir müssen gemeinsam, ich betone es nochmals, gemeinsam in den Städten und auf dem Land dieses riesige Problem entsprechend angehen. Ja, ich sage auch, es braucht dazu wahrscheinlich Bussen. Sie haben das jetzt nochmals betont. Da bin ich nicht dagegen. In meiner eigenen Stadt werden ab diesem Jahr massivste Bussen ausgesprochen. Wir haben deswegen das Polizeikorps vergrössert. Das ist eine Möglichkeit, die müssen wir leider auch in Betracht ziehen. Wir müssen dieses Problem gemeinsam lösen.

Herr Burtscher, ich kann lesen, ich kann sogar sehr gut lesen. Ich glaube, ich habe die Motion sehr wohl verstanden. Aber Ihr Lösungsansatz ist nicht zielführend. Wir müssen nicht nur eine Symptombekämpfung vornehmen, wir müssen die Ursachen bekämpfen und nicht erst am Schluss irgendeine Bekämpfungsarten einsetzen.

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht): Vorhin haben alle von Ursachenbekämpfung gegen Littering gesprochen. Dazu haben wir ja Vorstösse eingereicht. Eine Busse für Littering, und zwar eine einheitliche höhere Busse wäre sicher die effektivste Massnahme gegen Littering. Das genau wurde vorhin gesagt, selbst von der SP. Aber damals wollten die Linken leider nicht mitmachen, vielleicht auch, weil der Vorstoss (*KR-Nr. 354/2021*) von der SVP kam wie auch die jetzigen Vorstösse. Das finde ich wirklich sehr schade und auch ein wenig scheinheilig, wenn man jetzt damit kommt: Ja man muss das Ganze an der Ursache bekämpfen. Ich denke, es braucht mehr ein Miteinander bei diesem wichtigen Thema, weil alle sich eingestehen, dass Littering zugenommen hat. Man merkt auch in der Bevölkerung, dass das ein grosses Thema ist. Viele, die in die Schweiz kommen, sagen, ja, was

ist denn los? Früher war doch die Schweiz so sauber. Schade ist, alle anerkennen das Problem, wollen aber trotzdem die Motion nicht unterstützen. Es wäre wirklich schön, wenn wir bei diesem wichtigen Thema ein bisschen mehr zusammenarbeiten würden. Danke.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Ich ergreife das Wort, weil mich Thomas Forrer provoziert hat. Er ist vorhin an unsere Fraktion herangetreten und wollte uns das Wort verbieten; er hat uns Filibustern vorgeworfen. Ich erinnere daran, dass jedes gewählte Mitglied hier im Rat das Recht hat, sich zu äussern. Wir befinden uns in einem Parlament. Die Ergänzungen, die angebracht wurden – auch die, die Frau Fehr eben gemacht hat –, sind durchaus ein Beitrag zur Debatte.

Zum Vorstoss möchte ich noch dies sagen: Wir haben jetzt oft gehört, das Problem sei ein gesellschaftliches. Ich sage Ihnen, es ist nicht nur ein gesellschaftliches Problem, es ist auch ein kulturelles Problem, das nicht zuletzt auf die Zuwanderung zurückzuführen ist. (*Unruhe im Ratssaal*) Glauben Sie mir, es sind nicht die Eidgenossen, die ihre Döner-Box in der Landschaft entsorgen. (*Heiterkeit*) Geben Sie dieser Motion eine Chance und überweisen Sie sie. Dankeschön.

Stefan Schmid (SVP, Niederwangen) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte einerseits richtigstellen, dass wenn Sie die Motion gelesen haben, wissen, dass das nicht zwingend mit der Landwirtschaft erfolgen muss; das können auch ortsansässige Vereine sein.

An die Adresse von Herrn Bärtschiger, Stadtpräsident von Schlieren: Es steht auch nirgends, dass dies ein Vorstoss nur für die Gemeinden und gegen die Städte ist. Letztendlich will die Motion das Littering ausserhalb des Siedlungsgebiets bekämpfen. Das ist die Problematik. Geschätzter Herr Stadtpräsident, wenn jetzt in Schlieren das Gemeindegebiet ausserhalb des Siedlungsgebiets relativ klein ist, dann hast du vermutlich in deiner Gemeinde ein kleineres Problem als eine grossflächige Gemeinde, in der Staatsstrassen durchführen. Also, letztendlich ist keine Stadt von dieser Motion ausgeschlossen. Wir wollen einfach ausserhalb des Siedlungsgebiets diese Ordnung haben.

Noch im Anschluss an das Votum von Herrn Christian Lucek, wenn er sagt, dass das Problem allenfalls auch ein stückweit kulturell bedingt ist. Da muss ich Ihnen sagen, ja, verschliessen Sie vor diesem Problem die Augen bitte nicht. Ich habe es selber erlebt, wie Personen, welche hierher emigriert sind, beispielsweise Toast in den Grün-Container geworfen haben, samt Plastik. Also, Sie müssen davon ausgehen, dass diese Menschen tatsächlich nicht alle wissen, dass sie mit Littering ein Problem verursachen. Wenn Sie bei dieser Bemerkung einfach nur lachen, dann sind Sie als Linke wiederum an einem Thema oder wiederum an einem Punkt angelangt, wo Sie kritische Stimmen einfach belächeln und ein Problem negieren. Wenn Sie Ihre Verantwortung als Kantonsrätinnen und Kantonsräte wahrnehmen, dann stehen Sie auf, geben Sie zu und sagen Sie Ja, wir haben auch kein kulturelles Problem beim Thema «Littering». Wir müssen auch da Massnahmen ergreifen, Informationen vermitteln et cetera. Es geht einfach nicht, dass

wenn ein berechtigter Punkt angesprochen wird, dass das einfach belächelt wird anstatt Hand zu bieten für Lösungen. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Nach all diesen Reden: Das ist ein Closomat-Vorstoss. Ja, das ist ein Closomat-Vorstoss und nicht der erste heute. Er bringt nichts und er putzt die Hintern der Leute, die ihn verursachen. Und das kann es nicht sein. Es würde noch eine andere Möglichkeit geben. Und die haben wir auch in unserem Gesetz, Herr Bärtschiger: Das ist die gemeinnützige Arbeit. Ja, das ist die gemeinnützige Arbeit. Ich verweise auf das Votum von Herrn Schaaf und ich sage es halt auch hier auf Schweizerdeutsch: Eme ne Sauhund muesch halt mal dä Wäg zeigä. Genau darum geht es hier.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Herr Amrein, würden Sie bitte Ihre Sprache ein wenig korrigieren. Ich weiss, Sie sind frustriert, aber das gibt Ihnen nicht das Recht, hier alles zu sagen.

Hans-Peter Amrein fährt fort: Nein, nein, das ist Schweizerdeutsch, mein Schnabel ist so gewachsen. Und das sind Sauhunde, die das machen, Frau Ratspräsidentin. Es geht so nicht. Und wir diskutieren hier, seit ich in diesem Rat bin, über das Littering oder über das Abfallproblem oder über die Wegwerfgesellschaft – wie man sie auch nennt. Ich höre jetzt einen Stadtpräsidenten einer grossen Stadt im Kanton Zürich, der wahrscheinlich vor zwölf Jahren noch nicht so gesprochen hat, wie er jetzt spricht. Und ich höre einen Gemeindepräsidenten einer grossflächigen Gemeinde, der auch am Ende seines Lateins ist und jetzt denkt, dass man mit so einem Closomat-Vorstoss wieder etwas lösen könnte. Nein, das kann man nicht. Ich bin der festen Meinung, es braucht hier Remedur, und Remedur gibt es nur, wenn Strafen ausgesprochen werden und wenn Strafen in Form von gemeinnütziger Arbeit ausgesprochen werden. Dann sieht man nämlich auch, wer das gemacht hat. Und wenn eine Vorrednerin sagt, man könne da nichts tun, das stimmt nicht, natürlich kann man etwas tun. Wir haben in meiner Gemeinde einen wunderschönen Weiher namens Rumensee. An diesem Rumensee sieht es an einem Sonntagabend aus wie irgendwo am Samstagabend hinter einer Migros (*Schweizer Detailhandelsunternehmen*) in einem Container. Das kann es einfach nicht sein. Und es kann nicht sein, dass die Mitarbeiter der Gemeinde dann aufräumen müssen. Es kann nicht sein, dass aus einem Fonds, aus einem Fonds, der mit Steuergeldern gespiessen wird, dass aus diesem Fonds nachher Leute eingestellt werden müssen – ob das nun unsere Bauern sind oder andere –, welche hier etwas tun sollen. Also lehnen Sie diesen Closomat-Vorstoss ab.

Und noch zu Elisabeth Pflugshaupt: Sie sprach zu Traktandum 11 und nicht zu 9. Also, ich bin absolut gleicher Meinung hinsichtlich der Aludosen. Aber das kommt erst noch beim Traktandum 11.

Ordnungsantrag

Markus Schaaf (EVP, Zell) beantragt

die Schliessung der Rednerliste.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Der Kantonsrat beschliesst mit 92 : 42 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) dem Ordnungsantrag zuzustimmen. Die Schliessung der Rednerliste ist beschlossen.

Judith Stofer (AL, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich kann es ganz kurz machen: Sie haben uns vorher vorgeworfen, dass wir nicht lesen können. Aber in Ihrer Motion ist ganz klar geschrieben, dass die Massnahmen aus dem Natur- und Heimatschutzfonds bezahlt werden sollen. Also, Herr Amrein hat es richtig gesagt: Sie wollen sich bei dieser Kasse bedienen. Das geht einfach nicht, weil, dieser Fonds würde damit zweckentfremdet. So ist das. Aus diesem Grund lehnt die Alternative Liste diese Motion ab.

Regierungsrat Martin Neukom: Zuerst zum Thema Bussen: Natürlich kann man sich erhoffen, mit höheren Bussen etwas gegen die Ursache des Litterings zu tun. Ich finde, das ist durchaus ein interessanter Ansatz. Aber Sie müssen das natürlich eher mit dem Sicherheitsdirektor besprechen als mit mir. Man muss aber klar sagen, dass der Vollzug extrem schwierig ist, weil, Sie müssen dann diese Person genau dann erwischen, wenn sie den Abfall wegwirft. Sonst haben Sie den Zusammenhang nicht. Da müssen wir uns offen eingestehen: Das macht es wahnsinnig schwierig, was natürlich nicht heisst, dass man das nicht so angehen sollte. Nun zu dieser Motion: Selbstverständlich ist Littering sehr ärgerlich; es ist gefährlich für die Tiere, es ist schlecht für die Natur. Ich glaube, hier haben wir sehr schnell Konsens. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass diese Motion nicht dazu führt, dass man nachher weniger Abfall in der Natur hat, sondern primär dazu führt, dass es eine Kostenverlagerung gibt von den Gemeinden und auch Privaten zum Kanton. Deshalb ist der Regierungsrat diesbezüglich kritisch, obschon er das Littering auch bekämpfen möchte. Trotzdem empfiehlt der Regierungsrat, diese Motion abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 108 : 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 349/2021 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.